

Am Markt 8

17309 Pasewalk

E-Mail: linksfraktion-vg@web.de

Telefon / Fax: 03973 / 210564

Geschäftsführer: Daniel Staufenbiel

Telefon: 0173 / 7607002

Internet: www.die-linke-kreistag-vorpommern-greifswald.de



Antrag für den Kreistag am 28.04.2014 - Auftrag für das Freihandelsabkommen TTIP

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag stimmt dem folgenden Brief zu und bittet den Kreistagspräsidenten sowie die Landrätin, diesen den Mitgliedern des EU- Parlamentes, die in MV wirken, zuzuleiten und auf Antwort zu dringen.

Sachdarstellung/Wortlaut:

„Wasser bei COCA COLA kaufen?“

Sehr geehrte Damen und Herren,

werter Herr Scholz, werter Herr Kuhn,

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP). Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg - Vorpommern ist sehr besorgt über den mutmaßlichen Inhalt der geplanten Regelungen und befürchtet ganz konkret massive Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge, die kommunale Organisationshoheit sowie das öffentliche Beschaffungswesen.

Wir teilen diese Befürchtungen. Durch das TTIP könnte ein faktischer Privatisierungszwang für den gesamten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entstehen. Die weitgehende Liberalisierung und Privatisierung von gesellschaftlich notwendigen Gütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit stehen schon lange im Fokus der besonderen Interessen vieler privatwirtschaftlicher Dienstleistungsanbieter.

Im Zuge des TTIP befürchten wir daher Regelungen, die Privatisierungen forcieren. Die profitorientierte Vermarktung von Leistungen der Daseinsvorsorge birgt die Gefahr der Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und einer Auszehrung der kommunalen Infrastruktur. Diese Ansätze würden die kommunale Selbstverwaltung sowie die Funktion der kommunalen Struktur in ganz Deutschland aushebeln. Besonders befremdlich sind folgende Punkte:

- Grundlage für die Verhandlungen zum TTIP ist ein Mandat des Europäischen Rates, das nicht veröffentlicht wird. Die Öffentlichkeit hat keinen Zugang zu den Verhandlungsdokumenten.
- Kommunale Spitzenverbände sind nicht in die Verhandlungen eingebunden. Ob nach Abschluss der Verhandlungen nationale Parlamente zustimmen müssen, ist nicht geklärt.

- Nach Ratifizierung ist das TTIP für Mitgliedsstaaten verbindlich, es steht über dem nationalen Recht der Mitgliedsstaaten der EU. Und nicht zuletzt: dieses Abkommen würde nach Ratifizierung faktisch unumkehrbar, da nachträgliche Änderungen nur mit Zustimmung aller Vertragspartner möglich sind.

Die Mitglieder des Kreistages Vorpommern - Greifswald sind besorgt in Bezug auf die Gefährdung der kommunalen Belange durch das TTIP und die Intransparenz der Verhandlungen.
Wie bitten Sie, darauf zu dringen, dass zumindest die Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge und der Bereich der öffentlichen Beschaffung aus den Verhandlungen ausgenommen werden.
Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass diese Verhandlungen weitaus transparenter gestaltet und die Öffentlichkeit über ihren Stand informiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion der CDU, Fraktion der SPD, Fraktion DIE LINKE, Fraktion FDP-BLG-Bahner“

Mit freundlichen Grüßen



gez. Peeger

i.A. Daniel Staufenbiel